



## Vattenfall im nuklearen Brennpunkt

**Gehen AKW-Laufzeitverlängerungsträume in Rauch auf?**

**Bei Vattenfall brennt es nun an allen Ecken und Enden. Die Staatsanwaltschaft verschaffte sich mit einer Razzia Eintritt in Leitstand und Büroräume, weil Einsicht in die Dienstpläne verweigert und der Name des Reaktorfahrers verschwiegen wurde.**

Dieser hatte sich mit Gasmasken vor dem Rauchgas schützen müssen, dass die Lüftungsanlage beim Transformatorenbrand am AKW Krümmel von außen ansaugte. Der schleswig-holsteinische Landtag droht Vattenfall mit dem Entzug der Betriebsgenehmigung. Der BUND stellte Strafanzeige gegen Vattenfall, es bestehe der Verdacht, dass das AKW Krümmel nicht ordnungsgemäß betrieben werde. Es ist nicht akzeptabel, dass die mangelhafte Sicherheitskultur des Konzerns eine Gefahr für Millionen Menschen heraufbeschwört. Michael Sailer, Mitglied der Reaktorsicherheitskommission, entnimmt aus dem Vattenfall-Bericht zum Atomkraftwerk Krümmel, dass die Reaktormannschaft nach dem Transformatorenbrand am 28. Juni einen sehr kritischen Störfall befürchtete: „Offenbar waren sich die Reaktor-Verantwortlichen unsicher, wie die Situation einzuschätzen war“. Eine erste Alarmstufe sei nach Ausfall des Trafos ausgelöst worden, wodurch weitere Mitarbeiter auf die Leitwarte gerufen wurden. Statt der normalerweise hier diensttuenden 5 Personen hätten sich dort zeitweilig 37 Mitarbeiter befunden. „Man hat offenbar alle Mitarbeiter herangezogen, die zur Behebung des Störfalls hätten beitragen können“.

Die beiden derzeit wegen Störfällen stillgelegten AKW Brunsbüttel und Krümmel gehören zu

den ältesten Meilern in Deutschland. Brunsbüttel ist seit 1976 am Netz und damit nach Biblis A (1974) und Neckarwestheim I (1976) der drittälteste noch in Betrieb befindliche

Atommeiler. Krümmel ist seit 1983 am Netz. Nach der Vereinbarung im „Atomkonsens“ kann Brunsbüttel regulär 2009 abgeschaltet werden, vorausgesetzt es wird zunächst einmal bald wieder angefahren... das ist nämlich das nächste Ungeheuerliche an der momentanen Situation. Denn die verbleibenden Laufzeiten für die beste-



henden AKW bemessen sich nicht nach Jahren, sondern nach Reststrommengen. Daraus ergeben sich durchschnittliche Laufzeiten von 32 Jahren. Von den jetzt noch produzierenden 17 Atomkraftwerken in fünf Bundesländern dürfte das letzte (Neckarwestheim 2) nach dieser Berechnungsgrundlage etwa 2021 vom Netz gehen.

In diesem und im vergangenen Jahr gab es mehrere Anträge von Energieversorgern, die Laufzeiten der drei ältesten Reaktoren, Biblis A, Neckarwestheim I und Brunsbüttel durch Übertragung von Reststrommengen anderer Kraftwerke zu verlängern. Vattenfall will Laufzeiten des Pannenmeilers Brunsbüttel auf den Pannenmeiler Krümmel übertragen. Die angedachte Übertragung aus Brunsbüttel soll aus dem Kontingent erfolgen, das dem stillgelegten Atomkraftwerk Mülheim-Kärlich durch das Atomgesetz zugewiesen wurde. Nach dem Gesetz und nach dem Atomkonsens dürfen Strommengen von Mülheim-Kärlich nur auf bestimmte, im Gesetz aufgeführte Anlagen übertragen werden. Das Atomkraftwerk Brunsbüttel gehört nicht dazu.

RWE möchte seinen Meiler Biblis A länger laufen lassen als nach dem Atomausstiegsgesetz eigentlich vorgesehen, dafür sollen Restlaufzeiten der Reaktoren Mülheim-Kärlich und Lingen (Emsland) auf Biblis A übertragen werden. Ähnliche Laufzeitübertragungen möchten die Betreiber EnBW sowie Vattenfall/E.ON bei ihrem AKW Neckarwestheim vornehmen. Vier Meiler stehen derzeit still, eigentlich eine positive

Meldung, aber deren Stilllegungsdatum verschiebt sich nach „Atomkonsens“ dadurch immer weiter nach hinten. Eine verfahrenere Situation, die den Betreibern sogar nutzen kann, um ihre AKW über die nächste Bundestagswahl zu retten.

Vattenfall hat nun eingestehen müssen, dass, entgegen vorherigen Behauptungen, die Notstromelektrik in Brunsbüttel in ähnliche Probleme hätte laufen können wie im schwedischen Vattenfall-Reaktor Forsmark, der nur knapp einer Katastrophe entging. Die Sicherheitsanalyse, die eigentlich 2003 hätte beendet sein müssen, dauert nun schon mehr als sechs Jahre. Vattenfall hielt lange über juristische Schritte die Mängelliste geheim. Nach der nun vorliegenden Expertenanalyse sind praktisch alle Kernbereiche der Reaktorsicherheit betroffen. Allein bis 21. Juni 2006 sind rund 650 offene Punkte gelistet, von denen 165 einem eindeutigen Sicherheitsnachweisdefizit entsprechen.

**Sicherheitsnachweisdefizit in 165 Fällen,  
u.a. mit schweren Sicherheitsmängeln**

Diese wurden offensichtlich ausgesessen, statt sie wie für die Betriebsgenehmigung von Atommeilern vorgeschrieben, kurzfristig zu beseitigen. Die Deutsche Umwelthilfe fasst zusammen, man habe nun die Beweise, dass Brunsbüttel seit Jahren mit schweren Sicherheitsmängeln am Netz sei.

Und ähnlich wie im schwedischen Vattenfall-Reaktor Forsmark wurden nun lediglich Mitglieder der Konzernleitung ausgetauscht. Auch mit neuer Geschäftsleitung reißen die gefährlichen Pannen natürlich nicht ab. Automatisch stellt sich ein Déjà Vu bei der nächsten Meldung ein, falsche Dübel an der sicherheitsrelevanten Wartungsbühne. 630 dieser Dübel seien insgesamt zu untersuchen. Die unglaubliche Geschichte mit den Dübeln ist lange aus Biblis bekannt, offensichtlich ohne dass alle anderen AKW auf den Fehler überprüft wurden. Was ist eigentlich mit der Atomaufsicht los, die der Bund auf die Länderministerien übertragen hat? Richtig, die dürfen die Pannenmeiler ja noch nicht mal betreten, außer bei polizeilich abgesicherten Razzien. Das alles zeigt wiederum drastisch, wie unvereinbar der Betrieb von Atomanlagen mit einer Demokratie ist. Die Atomaufsicht wird hingehalten, die Öffentlichkeit dreist belogen. Trotz einer Atomgesetzgebung bewegen sich die Betreiber der Atomanlagen in der Grauzone eines rechtsfreien Raums. Atommeiler sind erst dann sicher, wenn sie abgeschaltet sind.

Francis Althoff

### Inhalt

- S. 1 Vattenfall im nuklearen Brennpunkt
- S. 2 Genehmigungsverfahren für Atomanlagen neu überprüfen! Sicherheitsunterlagen „LKV-weise“ weggeschafft
- S. 3 Gabriel muss Atomanlagen sofort stilllegen
- S. 4 Gemeinsame Erklärung der Atommüll-Endlager-Standorte „Atommüllendlagerung“ – Sicher ist nur das Risiko!
- S. 6 Atommüll verhindern, bevor er entsteht! Trauer um ermordeten russischen Atomkraftgegner
- S. 7 Uranmüllexport nach Russland stoppen UAA Almelo soll massiv ausgebaut werden
- S. 8 Verschiedenes & Termine & Service

## Stand der Dinge

In dieser Randspalte wird in kurzen Worten erklärt, in welchem Ausbaustadium sich die verschiedenen Anlagen befinden.

### Faßlager

Die Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Fassgebänden begann 1984. Ende der 80er Jahre wurden Fässer mit ungeklärtem Inhalt aus der belgischen Atomschmiede Mol entdeckt („Transnuklearkandal“). 1.296 Gebinde mussten wegen des Drucks der atomkritischen Öffentlichkeit aus Gorleben wieder entfernt werden. Entdeckt wurden darüberhinaus Korrosionsschäden und „Blähfässer“ (Gasentwicklung). Messberichte der Brennelementlagergesellschaft (BLG) belegten z.B. einen Anstieg der Radioaktivität bei sommerlichen Außentemperaturen, was die Gasbildung „anheizt“. Auf Druck der Fachgruppe Radioaktivität der BI musste das Umgebungsüberwachungssystem der BLG nachgebessert werden. Ende 1995 wurde genehmigt, das zulässige Radioaktivitätsinventar des Lagers um das 1000-Fache zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, bitumierte radioaktive Abfälle aus der französischen WAA Cap de La Hague und mittelaktive Komponenten in Gorleben einzulagern.

### CASTOR-Halle

Die Castor-Halle bietet Platz für 420 Behälter. Elfeneinhalb Jahre konnte die Einlagerung von hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen verhindert werden. Am 25. April 1995 wurde der erste Castor (Cask for the storage of radioactive material) von 16.000 Polizisten gegen den Widerstand weiter Bevölkerungskreise nach Gorleben transportiert. Seit Ende Mai 1995 darf auch hochaktiver, verglaster Müll aus der Wiederaufarbeitung (in Form von Kokillen) eingelagert werden. Außerdem wurde die Kapazität von 1.500 t Müll auf 3.800 t erhöht, und das alles auf der gleichen Grundfläche. Ein erster Kokillentransport folgte am 8. Mai 1996. Diesmal traten 18.000 Beamte an, um den Transport durchzusetzen. Vorläufiger Höhepunkt war die Anlieferung eines „Sixpack“ (sechs Behälter zu einem Transportvorgang gebündelt) Anfang März 1997. Die Kosten für den Polizeieinsatz – 30.000 Beamte waren unterwegs – summierten sich auf 111 Mio. DM. Danach scheiterte ein weiterer Versuch über den Bahnhof Arendsee (Sachsen-Anhalt) am anhaltenden Widerstand. Dieser Umweg musste gewählt werden, weil eine Bahnbrücke bei Seerau/ Hitzacker sich für die

# Genehmigungsverfahren für Atomanlagen neu überprüfen!

Im Zusammenhang mit der Entlassung des ehemaligen Vattenfall-Geschäftsführers Bruno Thomaske fordern Bürgerinitiativen aus Sicherheitsgründen sämtliche Genehmigungen von Atomanlagen öffentlich nachvollziehbar neu zu überprüfen.

Die Bürgerinitiative Kein Atommüll in Ahaus und die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow Dannenberg untermauern ihre Forderung mit personeller Verfilzung zwischen Atomaufsicht und AKW-Betreibern.

Bruno Thomaskes Karriere begann 1983 bei der

## AKW KRÜMMEL



## Vattenfall / E.ON Gefahrstrom

Physikalisch Technischen Bundesanstalt, dem Vorläufer des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS). Dort war er zunächst im Bereich des Strahlenschutzes auf dem Gebiet der Endlagerung radioaktiver Abfälle tätig. 1988 wurde er beim BfS Leiter des Projekts Gorleben. Von 1991 bis 1997 leite-

te er die Abteilung Projektmanagement für Endlagerprojekte und ab 1999 die Abteilung Endlagerprojekte/Betrieb. Nachdem Bruno Thomaske als BfS-Vertreter neue dezentrale Atommüllzwischenlager an AKW-Standorten genehmigte, wechselte er im Jahr 2003 zum daraus nutznießenden Atomstromkonzern Vattenfall. Auch der E.ON-Vorläufer RWE war an Thomaske interessiert.

Wie Thomaske seinen Abgang in die Atomwirtschaft vorbereitete zeigt sich daran, dass Tausende Einwände der Bevölkerung gegen die Zwischenlager von ihm als Leiter der Delegation der Antragsteller für den Bau der dezentralen Zwischenlager bei den Anhörungsverfahren ausgesessen wurden. Egal welche Einwände die Bevölkerung vortrug, über unzureichenden Schutz gegen Flugzeugabstürze, keine Filter in den Lüftungsschlitzen, oder kein definierter Zeitpunkt, an dem der abgestellte Atommüll weggebracht werden soll, die Anhörungsverfahren gerieten zur Farce, weil Thomaske knallhart trotzdem für das BFS genehmigte. Eine seiner Argumentationen war, dass Sicherheitseinrichtungen den AKW-Betreibern aus Kostengründen nicht zumutbar seien.

„Als ehemaliger Verfahrensführer für die Endlager-Planfeststellungsverfahren Schacht Konrad und Gorleben, bergrechtlich verantwortliche Person für das Erkundungsbergwerk Gorleben sowie atom- und bergrechtlich verantwortliche Person für das einsturzbedrohte Endlager Morsleben, wurde Thomaske von einem Atomkonzern eingekauft“ erklärt Felix Ruwe für die Ahauser BI. „Alle unter Thomaskes erteilten Genehmigungen, die offensichtlich jahrelang von Konzerninteressen geleitet wurden, gehören deshalb schleunigst neutral und öffentlich nachvollziehbar überprüft“, fordert Francis Althoff, Sprecher der BI Umweltschutz Lüchow Dannenberg. „Die Dankbarkeit von Vattenfall gegenüber Thomaske reichte gerade einmal vier Jahre, obwohl dieser alles im Sinne der Atomkonzerne genehmigte. Die Menschen in Ahaus, Gorleben und vielen anderen Atomstandorten leben schon viel länger in der Sorge, dass seine Aufsichts- und Genehmigungspraxis extrem einseitig und gefährlich war“, fassen die BI-Sprecher zusammen.

Felix Ruwe, Francis Althoff

# Sicherheitsunterlagen „LKW-weise“ weggeschafft

## BI: Atomstandort Gorleben ist nicht mehr durchsetzbar

Die Hiobsbotschaften rund um Atomanlagen reißen nicht ab: Der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow Dannenberg (BI) wurden Informationen zugespielt, dass sicherheitsrelevante Messergebnisse zum Ausbau des in Gorleben geplanten Atommüll-Endlagers „gleich LKW-weise“ weggeschafft und vernichtet, und zum Teil gar nicht erstellt wurden. „Laut der Quelle aus der Atomindustrie-Kreisen wurden zahlreiche Original-Messdaten und Unterlagen zum Gorlebener Untergrund vernichtet, es scheinen nur noch nicht mehr belegbare Abschlussberichte zur Verfügung zu stehen“, fasst BI-Sprecher Francis Althoff die prekäre Situation zusammen.

Nach diesem neuerlichen Skandal sei Gorleben entgültig

erledigt. „Dadurch wird es Betreibern unmöglich sein auch nur den Hauch eines begründeten Sicherheitsnachweises für die Endlagerplanung in Gorleben zu erbringen“.

Hintergrund: Zuständig für seismologische Messungen des Gorlebener Salzstocks war lange Jahre der ehemals bundeseigene Betrieb Prakla-Seismos aus Hannover. Für den Vorläufer des Bundesamt für Strahlenschutz (BFS), die Physikalisch Technische Bundesanstalt, unternahm Prakla-Seismos jahrelang hochfrequente elektromagnetische Bohrlochmessverfahren. Später wurden die Messungen für das BFS durchgeführt. Nachdem der Betrieb verkauft und abgewickelt wurde, sind laut Informationen „LKW-weise“ die Unterlagen der Messergebnisse weggeschafft und vernichtet worden. Trotz Nachfrage wollte das BFS als

Auftraggeber der Untersuchungen das wichtige Material scheinbar nicht übernehmen. Für ein Genehmigungsverfahren zu Gorleben sind diese seismischen Daten äußerst relevant für den Sicherheitsnachweis. Die wohl jetzt nur noch existierenden Zusammenfassungen sind unbrauchbar, weil nicht mehr zu überprüfen.

„Die Schlampereien im Atombereich nehmen offensichtlich kein Ende und machen auch vor einer Behörde die uns laut Titel vor Strahlung schützen soll nicht halt“, so

der BI-Sprecher. In einem Brief an das BFS und das Bundesumweltministerium fragt die BI nun um Einsicht in den Bestand der Unterlagen. „Seit Jahrzehnten warnen Geologen vor der Inbetriebnahme Gorlebens. In diesem Zusammenhang fragen wir uns, warum Massen an Messunterlagen vernichtet wurden. Gorleben muss sofort aufgegeben und kein weiteres Geld in dieses Chaos investiert werden“.

Francis Althoff

# Gabriel muss Atomanlagen sofort stilllegen

**Auf einem Treffen zahlreicher Anti-Atomkraft-Initiativen aus Nordrhein-Westfalen sowie der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (Gorleben), der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad und des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) forderten die Atomkraftgegner in Münster von Bundesumweltminister Gabriel die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen.**

**RWE fügt Ihnen und den Menschen in Ihrer Umgebung erheblichen Schaden zu**

„Der Bundesumweltminister muss nach den schweren Vorfällen in Krümmel und Brunsbüttel sofort handeln. Seine bisherigen Vorschläge reichen nicht aus. Es dürfen zum Beispiel nicht die verbleibenden Restlaufzeiten älterer AKWs auf neuere übertragen werden. Die Atomkraftwerksbetreiber dürfen für die längst fällige sofortige Stilllegung ihrer alten Schrottmeiler nicht auch noch belohnt werden. Wer sein Auto zu Schrott fährt, darf die restliche TÜV-Zeit auch nicht auf sein Zweitauto übertragen,“ so Willi Hesters vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

**EnBW verursacht Krebs**

## Vattenfall ist kein Einzeltäter

Die Anti-Atomkraft-Initiativen erinnern daran, dass nicht allein Vattenfall ein unzuverlässiger AKW-Betreiber ist. E.ON zum Beispiel gehören ebenfalls starke Anteile am AKW Krümmel (50%) sowie Brunsbüttel (33,3%). RWE betreibt u. a. die beiden AKWs im hessischen Biblis, die seit Monaten wegen schwerer Sicherheitsdefizite vom Netz sind. EnBW

**E.ON in der Schwangerschaft schadet Ihrem Kind**

schließlich betreibt u. a. die beiden sehr störanfälligen AKWs in Phillipsburg und Neckarwestheim. Es geht also um die ganze Atomindustrie, die sich in der Vergangenheit immer wieder durch Vertuschungen, Verharmlosungen und glatte Lügen als Sicherheitsrisiko erwiesen hat.

## Atom Müll verhindern, bevor er entsteht: Internationale Urankonferenz

Die Vertreter der Bürgerinitiativen an den geplanten Endlagerstandorten Gorleben und Schacht Konrad (Salzgitter) kritisierten zudem, dass die Bundesregierung weiterhin an den Endlagerprojekten festhalte, obwohl es ein sicheres Endlager niemals geben könne. „Die Situation in den existierenden Endlagern Morsleben und Asse II ist katastrophal. Das lässt für Gorleben und Konrad Schlimmes befürchten. Wir werden die Endlagerprojekte auch in Zukunft massiv bekämpfen,“ so Peter Dickel von der AG Schacht Konrad.

Gemeinsam einigten sich die Initiativen darauf, mit der Urananreicherung und den dazugehörigen Urantransporten

**Vattenfall kann tödlich sein!**

den Beginn der Atomspirale noch stärker als bisher ins Visier zu rücken. So soll am 22. September in Dortmund unter dem Motto „Atom Müll verhindern, bevor er entsteht“ eine internationale Urankonferenz stattfinden. „Die Urananreicherungsanlage Gronau produziert genau den AKW-Brennstoff, der erst den Betrieb der Reaktoren ermöglicht. Wer wirklich aus der Atomenergie aussteigen will, muss die Urananreicherung sofort einstellen. Eine sichere Entsorgung des Gronauer Uranmülls ist nicht machbar. Die Lagerung unter freiem Himmel neben der UAA Gronau ist ebenso gefährlich und unverantwortlich wie der häufige Abtransport durch die Betreiberfirma Urenco in die unter Stalin gebauten Atomstädte Russlands,“ so Udo Buchholz vom Arbeitskreis Umwelt Gronau.

## Außerdem unterstützen die Anti-Atom-Initiativen die Demonstrationen in Gorleben am 1. September sowie in Salzgitter am Schacht Konrad am 13. Oktober gegen die jeweiligen Endlagerprojekte und rufen zur Teilnahme auf.

Diese Erklärung wird unterstützt von: Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.V., Arbeitskreis Umwelt Gronau, Bürgerinitiative „Kein Atom Müll in Ahaus“, Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V., Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e.V., SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster, Bürgerinitiative Umweltschutz Hamm, MEGA (Menschen gegen Atomanlagen) Waltrop, Natur- und Umweltschutzverein Gronau (NUG) e.V.

tonnenschwere Last der Behälter als nicht mehr tragfähig erwies. – Im März 2001 wurden die Transporte wieder aufgenommen, jetzt übernahm Rot-Grün das Kommando. Im November folgte im Schatten des 11. September ein weiterer Transport. Die Kosten für die Bewachung sind immer noch ein Ärgernis, so dass seit November 2002 immer 12 Behälter angeliefert werden. Auf 420 Stellplätzen verlieren sich noch die 80 Castoren. Aber jeder Behälter, der in der zugehörigen Halle steht, zementiert Gorleben als Endlagerstandort.

## Pilotkonditionierungsanlage (PKA)

In der PKA soll getestet werden, wie hochaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann. Da ein Endlager in Gorleben jedoch fraglich ist und eine entsprechende Konditionierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Sinn macht, soll die 800 Mio. DM teure Investitionsruine einem anderen Zweck zugeführt werden: als heiße Reparaturzelle für kaputte Castoren. Die 3. Teilgenehmigung für die umfunktionierte PKA ist Anfang Dezember 2000 erfolgt. Damit verzögerte sich deren Inbetriebnahme bereits um 5 Jahre. Für den Widerstand war das grüne Licht für die PKA jedoch der Elchtest für den Ausstiegswillen von Rot-Grün: Der heiße Betrieb wurde jedoch noch nicht aufgenommen.

## Endlagerbergwerk

Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030 als Endlager für alle Arten von Atom Müll dienen soll, wird seit Jahren von namhaften Geologen bestritten: 1987 krachte ein Schacht beinahe in sich zusammen, permanente Wassereinträge beim Abteufen begleiteten den Ausbau des Endlagers, der getarnt als „Erkundungsbergwerk“ bisher nach Bergrecht und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Lediglich der in seinen Salzrechten tangierte Atomkraftgegner Andreas Graf von Bernstorff konnte von seinem Klagerecht Gebrauch machen. Inzwischen ist mit der Salinas Salz GmbH ein wirtschaftlich ernstzunehmender Gegenspieler für die Endlagerbauer auf dem Plan.

Schwarz-Rot will offenbar keinen Abbruch des Projekts: Das Moratorium auf der Baustelle, das seit Oktober 2000 zur Unterbrechung der Bauarbeiten führte, wird nicht mit den planetarischen Mängeln und den katastrophalen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass die Gorleben-Karte bei einer weiteren Endlagersuche wieder untergemischt wird.



# Gorleben und Konrad - so sicher wie die einstürzenden und absaufenden Endlager Asse und Morsleben

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow Dannenberg



## Gemeinsame Erklärung der Atommüll-Endlager-Standorte

An zwei Orten in Deutschland wurde in den letzten Jahrzehnten Atommüll in tiefe geologische Formationen verbracht, um sie dort für alle Zeiten „wartungsfrei“ und nicht rückholbar zu lagern. Das „Endlager für radioaktive Abfälle in Morsleben (ERAM)“ in Sachsen-Anhalt und die ASSE II bei Remlingen (Kreis Wolfenbüttel).

**Die Erfahrungen mit diesen Endlagern sind dramatisch.**

Daher wenden wir uns mit diesem Aufruf an die Öffentlichkeit. Das Endlager Morsleben ist so instabil, dass es im Rahmen bergbaulicher Gefahrenabwehr teilweise notverfüllt werden muss, ohne das atomrechtliche Schließungsverfahren abwarten zu können. In die ASSE II läuft seit nahezu 20 Jahren Wasser und nähert sich dem Atommüll bedrohlich. Selbst der Betreiber befürchtet ein Absaufen des Lagers und versucht, mit Hinweis auf eine akute Gefährdung, ein ordentliches, atomrechtliches Schließungsverfahren ganz zu umgehen und den Atommüll zu fluten. Die damit verbundenen Gefahren für Leben und Gesundheit für die AnwohnerInnen und künftige Generationen sind nicht hinnehmbar.

Trotz dieser offensichtlich katastrophalen Erfahrungen mit Morsleben und ASSE II soll mit Schacht KONRAD in Salzgitter in den nächsten

Jahren ein weiteres Endlager in Betrieb genommen werden. Auch die Arbeiten am Erkundungsbergwerk in Gorleben sollen fortgesetzt werden. Zu diesen Standorten gibt es seit Jahrzehnten erhebliche wissenschaftliche und konzeptionelle Zweifel.

Wir wenden uns mit diesem Aufruf an die bundesweite Öffentlichkeit, weil es eine gemeinsame Verantwortung für den Umgang mit den atomaren Hinterlassenschaften gibt, die in nur einer Generation angehäuften wurden, aber das Leben tausender Generationen gefährden.

**Wir stellen fest:**

**Dem Konzept der nicht-rückholbaren, wartungsfreien Endlagerung ist offensichtlich nicht zu trauen!**

Bis heute gibt es weltweit kein wirklich abgesichertes, auf einem gesellschaftlichen Konsens beruhendes Konzept für die Endlagerung von Atommüll. Angesichts dieser Erfahrungen halten wir es für dringend geboten, keinen weiteren Atommüll zu produzieren; vollkommen absurd ist das Ansinnen der Atomindustrie, die Produktion von Atommüll durch Laufzeitverlängerungen noch zu erhöhen.

**Wir fordern:**

1. Erste Priorität setzen auf die langzeitsichere Sanierung der Altlasten ERAM Morsleben und

ASSE II unter Einbeziehung unabhängiger Wissenschaftler und der kritischen Öffentlichkeit!

2. Konsequenzen ziehen: Schacht KONRAD nicht in Betrieb nehmen, die Endlagerung in Gorleben nicht weiter vorbereiten!

3. Eine kritische, offene Auseinandersetzung mit dem Thema Atommülllagerung und einen ergebnisoffenen Neuanfang bei der

**Suche nach dem sichersten Umgang mit dem Atommüll!  
Bitte unterstützen sie uns in diesen Forderungen!**

Wir stellen gerne weitere Informationen und ReferentInnen zur Verfügung.

Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.  
([www.ag-schacht-konrad.de](http://www.ag-schacht-konrad.de)), ASSE-II-Koordination  
([www.asse2.de](http://www.asse2.de))

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. ([www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de)), Initiative gegen das Endlager Morsleben e.V.

**Samstag, 01. September 2007 in Gorleben (12.00 Uhr Gedelitz)**

**Samstag, 13. Oktober 2007 in Salzgitter (Uhrzeit folgt)**

**Hört auf, Atommüll zu produzieren, Ihr könnt mit dem Vorhandenen schon nicht umgehen!**

## „Atommüllendlagerung“ - Sicher ist nur das Risiko!

**Unser vielfältiger und bunter Protest gegen Castortransporte richtete sich in der Konsequenz immer gegen Gorleben als Atommüll-Endlagerstandort. Dieses Jahr wird kein hochradioaktiver Transport rollen. Wir lehnen uns aber nicht zurück, sondern nutzen die „castorfreie Zeit“, um unüberhörbar auf die Entsorgungsmisere aufmerksam zu machen. Denn obwohl nirgendwo eine auch nur annähernd sichere „Entsorgung“ in Sicht ist, laufen die Atomanlagen weiter. Die Bundesregierung schützt das reine Profitinteresse der Atomindustrie an ihren atomaren Gelddruckmaschinen regelmäßig mit zig Tausenden Polizisten. Die atomaren Gefahren für uns und die nachfolgenden Generationen werden dabei genauso billigend in Kauf genommen, wie die faktische Außerkraftsetzung der Grundrechte.**

Seit über 30 Jahren setzen wir uns fantasievoll, kreativ und kontinuierlich gegen ein „Endlager“ im Gorlebener Salzstock zur Wehr. Seit Anfang

der 80er Jahre ist bekannt, dass der Salzstock auf einer Fläche von über 6 km<sup>2</sup> kein schützendes Deckgebirge hat. Über Wasserwege würden die radioaktiven Isotope unausweichlich an die Oberfläche gelangen und Mensch und Umwelt tödlich verseuchen. Gorleben wäre ein Atomklo mit Spülung nach oben. Der bisherige Baustopp (Moratorium) droht nun aufgegeben zu werden und es besteht die Gefahr, dass ein unterirdisches „Versuchslabor“ eingerichtet wird. Damit würde Gorleben nicht nur mehr durch jeden Castortransport als „Endlager“ zementiert. Wir fordern die sofortige Aufgabe des untauglichen Standorts und die Schließung aller Atomanlagen!

**Katastrophen-„Endlager“ –**

**doch Atommüll**

**wird weiter produziert ...**

Wie katastrophal die Lage um die sogenannte „Entsorgung“ ist, zeigt ein Blick auf die bereits

bestehenden „Endlager“: Die Betreiber des mit 126.000 strahlenden Fässern gefüllten Salzbergwerks Asse II bei Wolfenbüttel gestehen öffentlich die Gefahr des weiteren Absaufens und damit die mögliche Verseuchung des Grundwassers einer Großregion ein. Der mit fast 40.000 m<sup>3</sup> Atommüll gefüllte Salzstock in Morsleben bei Helmstedt droht weiter einzustürzen und vollzulaufen. Trotzdem wird der Bevölkerung vorgegaukelt, das Atommüllproblem sei lösbar.

**Gorleben und Schacht Konrad -**

**so sicher wie die absaufenden und**

**einstürzenden „Endlager“**

**Asse und Morsleben ...**

Atommüllmilliarden einkassieren...Für Atomanlagen-Abriss- und Entsorgungskosten müssen die Betreiber aufkommen. Über einen

Aufschlag auf ihre Stromrechnungen, den die Stromkunden bezahlen müssen, bilden sie dafür steuerfreie Rückstellungen. Zur Zeit sind rund 35 Milliarden Euro angehäuft. Diese „Rückstellungen“ werden aber nicht cash für zukünftige Entsorgungskosten bereitgehalten, sondern das Atommüllgeld wird in Machterweiterung auf dem Markt investiert. Aufkäufe in der Wasser-, Gas-, Müllverbrennungs- oder Verpackungswirtschaft werden damit finanziert. Eine gigantische Wettbewerbsverzerrung zum Nachteil der regenerativen Energieerzeugung. Auch die Atomstromer sind vor Pleiten nicht sicher. Das Geld für Entsorgungskosten wäre dann futsch und die Bevölkerung müsste nochmals, dann über Steuern, doppelt für das atomare Abenteuer blechen. Wir fordern die sofortige Überführung der Rückstellungsmilliarden in einen öffentlich rechtlichen Fonds. Das politische Gerede um eventuelle alternative Endlagerstandorterkundungen ist erst ernst zu nehmen, wenn die Finanzierung geklärt ist.

**Atom(bomben)anlagen stoppen –  
Erneuerbare Energien ausbauen!**

### 1. September – Antikriegstag

Der 1. September ist auch Antikriegstag, an dem jährlich an den Beginn des Zweiten Weltkrieges am 1.9.1939 erinnert wird. Gleichzeitig wird gegen Kriege und Militarismus weltweit demonstriert. Wir prangern nicht nur an, dass in Deutschland Atombomben stationiert sind. Regierungen mutieren zu Kriegsausführenden, um die Interessen der Energiewirtschaft an Rohstoffen in fernen Ländern zu sichern. Viele deutet darauf hin, dass die US-Regierung einen Krieg gegen den Iran führen will. Die Situation ist ähnlich wie die im Jahr 2003. Damals bereitete die Regierung Bush mit Lügen über angebliche Massenvernichtungswaffen den Krieg gegen den Irak vor. Hunderttausende unschuldige Menschen fanden den Tod. Der Terrorismus, den man zu bekämpfen vorgab, wurde durch diesen Angriffskrieg gestärkt.

Ähnliches bahnt sich in Afghanistan an, wo die deutsche Bundeswehr inzwischen durch die Tornado-Einsätze in Kriegshandlungen einbezogen wird. Heute wird dem Iran unterstellt, Atomwaffen bauen zu wollen und damit den Frieden zu gefährden. Wer verhindern will, dass sich das Regime in Teheran Atomwaffen verschafft, muss sich auf völkerrechtlicher Grundlage friedlich mit dem Iran verständigen und darf nicht ein weiteres Land mit einem Krieg überziehen. Ein Raketenabwehrsystem in Polen und Tschechien dient nicht dem Frieden, sondern gefährdet ihn. Die Atommächte müssen abrüsten! Kein Krieg gegen den Iran! Deutschland darf sich auf keinen Fall an einem solchen Krieg beteiligen, weder durch Soldaten, noch durch Waffen, die Gestattung von Überflugrechten oder die Benutzung deutscher Einrichtungen! Keine Raketenabwehrsysteme in Polen und Tschechien! Der völkerrechts- und verfassungswidrige Einsatz deutscher Tornados in Afghanistan ist sofort zu beenden!

**Atomwaffen abschaffen,**

**Uran- und Wiederaufarbeitungsanlagen  
sofort stoppen!**

# EVER KONSENS STINKT! ATOMKLOS ENTSORGEN!



## BUNDESWEITER ANTI-ATOM-AKTIONSTAG

### ErstunterzeichnerInnen:

Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD - Morsleben Netzwerk - Asse II Koordination [www.asse2.de](http://www.asse2.de) - Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz - Komitee für Grundrechte und Demokratie - EUROSOLAR Deutschland - ROBIN WOOD - WISE Amsterdam - Gesellschaft für Strahlenschutz - Gewaltfreie Aktion Atomwaffen abschaffen - BI Kein Atom-müll in Ahaus - Bürger gegen Atomreaktor Garching - Lüneburger Initiative gegen Atomanlagen - Antimilitaristische Gruppe Münster - Widerwelle Rheinland Pfalz - Arbeitskreis Umwelt Gronau - BUND Südlicher Oberrhein - Trinationaler Atomschutzverband AU/CH/D - Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen - Anti Atom Gruppe Bonn Südwestdeutsche Anti Atom Initiativen - Kölner Gegenstrom gegen Atomanlagen - Arbeitskreis gegen Atomanlagen Frankfurt - Anti Atom Gruppe Mannheim - Ökologiereferat AstA FH Düsseldorf - WiderSetzen - FMKK Schweden - x-tausendmalquer - Heidelberger Friedensrat-

schlag - Anti Atom Plenum Braunschweig - ECODEFENSE Russia - Frauen gegen Atomkraft Finnland - Women for Peace Finland - No More Nuclear Power Finland - SOFA Münster Delfina - Initiative 60 - Solar Wind Wendland - Atomplenum Hannover - Urangruppe Nirgendwo - Gorlebener Gebet Carambolage - Reseau Sortir du Nucleair



# Atommüll verhindern, bevor er entsteht!

**Internationale Urankonferenz am 22. September in Dortmund**

**Zahlreiche Anti-Atom-Initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet laden für Samstag, den 22. September zu einer internationalen Urankonferenz nach Dortmund ein.**

Unter dem Motto „Atommüll verhindern, bevor er entsteht“ sollen die vielfältigen Widerstandsansätze auf lokaler, regionaler, bundesweiter und internationaler Ebene weiterentwickelt werden, um die Urananreicherungsanlagen der Urenco stillzulegen und die internationalen Urantransporte zu stoppen. So soll die Vernetzung und inhaltliche Schlagkraft des Uranwiderstands vorangetrieben werden.

Auf einem Vorbereitungstreffen Mitte Juli in Münster einigten sich Anti-Atom-Initiativen aus dem Münsterland, dem Ruhrgebiet, dem Wendland und von Schacht Konrad auf das inhaltliche Gerüst für die eintägige Konferenz: In einem ersten Block soll es zwei Einleitungsreferate zu den Gefahren der Urananreicherung und der Urantransporte geben. Zugesagt hat bereits der Uranexperte Peter Diehl. Danach sollen Delegierte aus Russland, den Niederlanden, Frankreich und dem Münsterland über die aktuelle Situation und den Widerstand vor Ort berichten.

Am Nachmittag werden dann in Arbeitsgruppen folgende Themen vertieft: „internationale Vernetzung“, „Widerstandsaktivitäten“, „militärische Dimension der Urananreicherung“, „abgereichertes Uran: Wertstoff oder Atommüll!“, „Widerstand in den Kommunen“. Abreise soll gegen Abend sein. Wir hoffen, dass sich mög-

lichst viele Menschen bei den angesprochenen Themen wiederfinden und dass sich der Uranwiderstand auf möglichst vielen Ebenen weiterentwickelt.

In den letzten 12 Monaten hat es dazu einige vielversprechende Ansätze gegeben: Erstens kooperieren deutsche, niederländische und russische Initiativen inzwischen sehr eng bei den Uranmülltransporten von Gronau nach Russland. Zweitens ist es gelungen, die Liefertransporte von Natururan aus Pierrelatte nach Gronau zum öffentlichen Thema zu machen. Im Winter wurden erste Transporte entdeckt, im Mai kam es an der dt.-franz. Grenze zu einer grenzüberschreitenden Aktion gegen die Urantransporte. Drittens wurden in Deutschland und den Nie-



derlanden Strafanzeigen von russischer Seite gegen die Urenco wegen illegalen Atommüllexport nach Russland eingereicht.

Diese juristischen Schritte unterstützen wir. Viertens gelang es erstmals in einigen Kommunen Unterstützung gegen Urantransporte von offizieller Seite zu bekommen. Fünftens konnte die Verantwortung der deutschen Urenco-Aktionäre EON und RWE öffentlich deutlich gemacht werden.

Doch der Kampf ist noch lang, denn die Urenco baut ihre Urananreicherungsanlagen in Gronau und Almelo drastisch aus. In den USA wird in New Mexico eine neue UAA gebaut. Diese Entwicklung wollen wir stoppen. Dazu müssen wir aber noch viel stärker werden.

Die Urankonferenz am 22. September soll ein weiterer Schritt sein, um den Kampf gegen die Urananreicherung und die Urantransporte zu intensivieren. Der Kampf lohnt sich – auch Urenco ist verletzbar!

Bisher laden folgende Gruppen zu der Konferenz ein: AKU Gronau, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, BI Lüchow-Dannenberg, AG Schacht Konrad e.V., Nirgendwo, SOFA Münster, BI Umweltschutz Hamm, MEGA Waltrop, Anti-Atom-Gruppe Bonn, Gegenstrom Köln, BI Dortmund-Lünen sowie Initiativen aus Trier und dem Südwesten **Es werden dringend Spenden gebraucht für die Durchführung der Konferenz:**

Aktionsbündnis Münsterland, Stichwort „Urankonferenz“, Konto 357 730 701, BLZ 401 646 18, Volksbank Wetztingen  
Kontakt und Rückfragen: aanee@web.de, atomstopp@citykom.net, Weitere Infos: www.aku-gronau.de, www.sofa-ms.de, www.urantransport.de

## **Bürgerinitiativen schockiert: Trauer um ermordeten russischen Atomkraftgegner**

(Bonn / Gronau, 22.7.2007): Anti-Atomkraft-Initiativen in Deutschland sind schockiert über die Ermordung eines jungen russischen Atomkraftgegners. Der Ermordete war Bewohner eines Protestcamps im Bereich des Atomzentrums von Angarsk (Sibirien), das am Samstag (21.7.) brutal überfallen wurde. Bei dem Überfall wurde er tödlich verletzt, weitere Personen im Camp wurden ebenfalls verletzt. Die russische Umweltorganisation Ecodefense vermutet, dass es sich bei den Angreifern um Mitglieder faschistischer Organisationen gehandelt hat. In einer ersten Stellungnahme fragt Ecodefense: „Wenn die Polizei die Sicherheit der Bevölkerung nicht garantieren kann, wie kann dann die Sicherheit der Urananreicherungsanlage und des nuklearen Materials garantiert werden?“ Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.V., der seit Jahren den Widerstand gegen Uranmülltransporte von der Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau in russische Atomzentren unterstützt, fordert von den zuständigen russischen Behörden die Aufklärung aller Hintergründe des Überfalls und die Bestrafung der Täter.

**Der Widerstand gegen die Urananreicherung muss weiter gehen, in Deutschland, in Russland und auch anderswo!“**

**Wir sind wütend und trauern** mit den Angehörigen um den ermordeten russischen Atomkraftgegner Ilya Borodaenko der als Teilnehmer bei einem Protestcamp gegen den Betrieb der Atomfabrik im sibirischen Angarsk in der Nähe des Baikalsees sowie gegen Uranmüllimporte aus Deutschland durch den Angriff von Rechtsradikalen sein Leben verloren hat. Die Bürgerinitiative ruft zu Spenden für die Angehörigen und Opfer in Angarsk auf. Spendenkonto: Aktionsbündnis Münsterland, Stichwort „Angarsk“, Konto 357 730 701, BLZ 401 646 18, Volksbank Wetztingen.

**Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.**

### **Generation move ab 15 Uhr, bis in den frühen Morgen**

Hallo, jemand da? Zeigt euch mal. Und zeigt vor allem, dass Widerstand auch euer Ding ist.

**30 Jahre Anti-Atom Marathon!**

Zeit, den Staffelstab weiter zu geben.

An dich? Komm zur Party in Gorleben!

Nachmittags: Action, spritfreie Cocktails, klare Ansagen, Snacks und Freunde treffen, Info von Fachleuten, Abhängen in der Natur.

Danach Varieté, Zauberer, Clowns, Akrobaten.

Ab 20 Uhr: one man jam Rico Loop

Ab 23 Uhr: sound system Rockers train

zwischendurch Feuerspiele und Platz für mehr. Hast du Ideen? Bring dich ein!!!

Campmöglichkeit ab 31. August in Gedelitz (2 km von den Gorlebener Atomanlagen)



# Uranmüllexport nach Russland stoppen

nächster Uranzug schon im August?

Bis zum 5. August ist die Bahnstrecke Gronau-Münster wegen Bauarbeiten geschlossen. Damit ist in den NRW-Sommerferien kein Uranmüllexport von Gronau nach Russland möglich. Doch nach Informationen der regionalen Anti-Atom-Inis besitzt die UAA-Betreiberin Urenco noch die Genehmigung für zwei weitere Uranmüllzüge bis Oktober.



Die Inis rechnen deshalb damit, dass noch im August der nächste Uranmüllzug Gronau verlassen wird. Die Transportstrecke verläuft von dort über die eingleisige Strecke Gronau-Burgsteinfurt-Münster, dann über Rheine und Bad Bentheim nach Hengelo/NL, Almelo, Amersfoort und Utrecht zum Hafen von Rotterdam. Von dort geht es per Schiff rund um Dänemark und quer durch die Ostsee nach St. Petersburg und dann weiter per Bahn an Moskau vorbei nach Novouralsk bei Ekaterinburg am Ural. Der letzte Urantransport im Mai konnte von Gronau bis St. Petersburg lückenlos verfolgt werden.

Frisch gestärkt durch die Sommerpause rufen die regionalen Anti-Atom-Initiativen zusammen

mit der BI Lüchow-Dannenberg sowie niederländischen und russischen Initiativen zu Protest und Widerstand gegen den nächsten Uranmüllzug auf. Unser Ziel ist es, den Export des Uranmülls gänzlich zu stoppen. Momentan stehen die Chancen dafür nicht schlecht, weil die



russische Atomenergiebehörde Rosatom nach den vielfältigen Protesten in Russland vor wenigen Wochen ein Auslaufen der Verträge für 2009/10 angekündigt. Selbst in Finnland berichtete im Mai schon das Fernsehen.

Doch verlassen können wir uns darauf nicht und 2010 ist noch lange hin. Allein bis dahin will Urenco weitere 20 000 t Uranmüll nach



Russland verschieben. Deshalb ist der Widerstand vor Ort – vor und während der Abfahrt des Zuges – besonders wichtig, um die billige Entsorgungsrouten für den Urenco-Dreck zu stoppen. Auf ins Münsterland!



**Urananreicherungsanlagen stilllegen – Urantransporte stoppen!**

Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, SOFA Münster

# UAA Almelo soll massiv ausgebaut werden

Schon seit einigen Jahren will die internationale Urananreicherungsfirma Urenco die niederländische Urananreicherungsanlage in Almelo massiv auf 4500 t Urantrienarbeit pro Jahr ausbauen.

Damit könnten 35 große Atomkraftwerke weltweit mit Uranbrennstoff versorgt werden. Auch die Partneranlage im 35 km entfernten Gronau soll auf 4500 t ausgebaut werden. Damit will die Urenco ihren weltweiten Marktanteil auf 30% steigern. Nun liegen in Almelo die Antragsunterlagen aus und es können bis zum 8. August Einwendungen beim niederländischen Umweltministerium erhoben werden. Niederländische und deutsche Anti-Atom-Inis haben deshalb eine grenzüberschreitende Einspruchskampagne gestartet.

Es geht darum, auch weiterhin international Widerstand gegen die Atomfirma Urenco zu leisten. Denn erst die Urananreicherung ermöglicht den Betrieb der AKWs. Ohne UAAs keine Pannen wie in Krümmel oder Brunsbüttel – denn AKWs könnten schlicht nicht laufen. Nicht zu vergessen natürlich auch die militärische Komponente der Urananreicherung, die uns ja

fast täglich am Beispiel Iran eingehend in den Medien erläutert wird.

Die Urenco will in Almelo übrigens nicht nur ihre Kapazität drastisch ausbauen, sondern bei der Gelegenheit auch einen Gleisanschluss basteln. Was dann passiert, ist am Beispiel Gronau deutlich zu erkennen: Das internationale Verschieben von Natururan aus Südfrankreich und Großbritannien Richtung Almelo und der Abtransport des Atomabfalls nach Russland wird drastisch zunehmen. Dort würde sich also noch mehr Uranmüll am Ural und in Sibirien ansammeln. Das ist uns nicht in Gronau egal, und es sollte uns auch nicht im benachbarten Almelo egal sein.

**Deshalb rufen die Anti-Atom-Initiativen im Münsterland zu einer Einspruchskampagne gegen die UAA-Erweiterung in Almelo auf.**

**Ein Sammeleinspruch auf Deutsch kann unter [www.urantransport.de](http://www.urantransport.de) runtergeladen werden.**

Auch wenn klar ist, dass Einwendungen alleine keine Atomanlage aufhalten, sehen wir diese Aktion doch als Zeichen der Solidarität mit

unseren niederländischen FreundInnen sowie einen Schritt öffentlich unseren Widerstand zu dokumentieren. Und wer mehr will, für den gibt es bald schon Gelegenheit: Am 5. August wird die Bahnstrecke Gronau-Münster nach den Sommerbauarbeiten wieder eröffnet. Wie aus gut informierten Kreisen verlautete, ist schon kurz danach mit dem nächsten Uranmülltransport nach Russland zu rechnen. Die Urenco hat bis Oktober noch die Lizenz für zwei solcher Urantransporte. Es ist also für reichlich Unterhaltung im Münsterland gesorgt, damit es nicht alleine bei Unterschriften bleiben muss.

Und da es vielleicht noch nicht alle mitbekommen haben: Seit März fährt nicht mehr die Ahaus-Alstätter-Eisenbahn von und nach Gronau/Ahaus, sondern die Bentheimer Eisenbahn. Die Privatbahn betreibt in Nordhorn auch einen Umschlagplatz für den Wechsel von Straße auf Schiene, kann für die UAA Gronau also sogar LKW-Transporte ermöglichen.

**UAAs und sämtliche Atomanlagen sofort stilllegen!**

SOFA Münster

**Juli und später ...**

- 19.-22.7., Gentechnikfreies Wochenende im Oderbruch, [www.gendreck-weg.de](http://www.gendreck-weg.de)
- 26.-30.7., Aktion Truppenübungsplatz Faslane/Schottland, [www.faslane365.org](http://www.faslane365.org)
- 28.7.-5.8., Sommercamp in Gedelitz, [www.wendlandcamp.de](http://www.wendlandcamp.de)
- 30.7., 15 Uhr, Zielpyramiden aufbauen Marktplatz Lüchow, [www.sichelschmiede.org](http://www.sichelschmiede.org)
- 5.-13.8., Sommeraktionstage für eine FREIE HEIDE am Dranser See in Schwanrich [www.freieheide-nb.de](http://www.freieheide-nb.de)
- 1.9. 12 Uhr, Demonstration „Gorleben brennt...uns unter den Nägeln“ danach Generations Move an den Gorlebener Atomanlagen, [www.castor.de](http://www.castor.de)
- 13.-16.9., Seminar „Herrschaftsfreie Welt“ in Magdeburg, Ökozentrum, Harsdorfer Str.49, [www.herrschaftsfreie-welt.de](http://www.herrschaftsfreie-welt.de)
- 22.9., internationales Vernetzungstreffen Urantransporte voraussichtlich in Dortmund, [www.aku-gronau.de](http://www.aku-gronau.de)
- 27.-29.9., Internationales Treffen anti-nuclear Network, Rhodes, Griechenland
- 13.10. Groß-Demo gegen Schacht Konrad, [www.ag-schacht-konrad.de](http://www.ag-schacht-konrad.de)
- 6.-9.11., Internationale Konferenz Reposafe zur Endlagerung, [www.bfs.de](http://www.bfs.de)
- Besuchstag der Endlagerstandorte 8. und 9.11.
- 19.-21.11. Internationale Konferenz „Energieautonomie durch Speicherung Erneuerbarer Energien“ in Bonn, [www.eurosolar.org](http://www.eurosolar.org)

**Wiederkehrende monatliche Termine**

- Jeden Sonntag 14:00 Uhr, Gorlebener Gebet
- Jeden 1. Sonntag 14:00 Uhr, Gronau [www.aku-gronau.de](http://www.aku-gronau.de)
- Jeden 3. Sonntag 14:00 Uhr, Sonntagsspaziergänge am Zwischenlager, BI-Ahaus
- Jeden 6. eines Monats ab 14.00 Uhr, Am Tor des AKW Brokdorf Mahnwache



**Film zum zehnten Castortransport**

Zum zehnten Castortransport nach Gorleben im November 2006 ist nun über die BI Umweltschutz Lüchow Dannenberg ein Film erhältlich. Sein Tenor: Nach insgesamt 30 Jahren Widerstand sind die Menschen im Wendland noch längst nicht müde, sich gegen den atomaren Wahn aufzulehnen. In zahlreichen Interviews, Aktionsbildern und Momentaufnahmen hinterlässt der 43minütige Film einen vielfältigen Eindruck des unbeugsamen Widerstands gegen die Atomanlagen in Gorleben. Der Film handelt von den Menschen, die sich auf Schiene oder Strasse setzen und beleuchtet, woher sie den Mut und die Motivation dafür nehmen. Aber auch ihre Ängste und ihre Ohnmacht, immer wieder Widerstand zu leisten angesichts einer Armada von 16.000 Polizisten und der alljährlichen Militarisierung einer ganzen Region werden thematisiert. Produziert wurde die DVD vom Medienkollektiv „Cine Rebelde“ der Umwelt- und Projektwerkstatt Freiburg.

*Francis Althoff*

**Ich abonniere die Gorleben Rundschau**

ab der nächsten Ausgabe.

- Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)
- Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

Konto-Nr.: .....

BLZ: .....

Geldinstitut: .....

Name: .....

Adresse: .....

Datum, Unterschrift .....

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow, Konto der BI: KSK Lüchow, BLZ 258 501 10, Konto: 004 406 072 1 Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.

**Impressum**

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10-12 mal jährlich und wird herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V..

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen; sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

**Redaktion:** H. Eckert, W. Taubitz, F. Althoff

**Bildmaterial:** SOFA Münster, D Metk

**Mitarbeit:** W. Wittstamm, SOFA Münster, F. Ruwe, Francis Althoff, U. Buchholz

**Auflage:** 2000

**BI Büro:** Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow

Fon: 05841/4684, Fax: 05841/3197,

[buero@bi-luechow-dannenberg.de](mailto:buero@bi-luechow-dannenberg.de)

[www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de)

**Öffnungszeiten:** Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di + Do 15 - 18 Uhr